

ZEHN JAHRE „SAMTENE REVOLUTION“

Vom 14. bis 16. Oktober 1999 fand in Prag eine internationale Konferenz zum Thema „Die demokratische Revolution in der Tschechoslowakei 1989, Voraussetzungen, Verlauf und unmittelbare Folgen“ statt.

Diese Veranstaltung bildete einen Teil des internationalen Forschungsprojektes „Openness in Eastern Europe and the Former Soviet Union“, dessen Ziel es ist, Dokumente zugänglich zu machen, die zum Verständnis des historischen Prozesses beitragen, der in der Ära Gorbatschow zur Befreiung Osteuropas vom Kommunismus führte. Die Hauptorganisatoren der Prager Veranstaltung waren das „National Security Archive“ (Washington), das „Tschechoslowakische Dokumentationszentrum“ (Scheinfeld) und das Prager „Institut für Zeitgeschichte“ (ÚSD). Anlässlich der Tagung hatten diese Institutionen mehrere Dokumenteneditionen mit Materialien aus tschechischen und ausländischen Archiven zu den Ereignissen Ende der achtziger Jahre in der Tschechoslowakei vorbereitet, darunter auch eine Edition in englischer Sprache, ein sogenanntes „briefing book“, das 120 Dokumente zur tschechoslowakischen Entwicklung der Jahre 1987–1989 enthält.

Die Konferenz, an der sich etwa 150 tschechische und ausländische Historiker, eine ganze Reihe von Publizisten, Soziologen, Wirtschaftsfachleuten und Persönlichkeiten aus der internationalen Politik beteiligten, war in sechs zwei- bis dreistündige Panels gegliedert. Am Samstagsnachmittag fand dann eine offene Diskussion zum Thema „Folgen der Gorbatschowschen Reformen im Sowjetblock“ statt, zu der sich eine tschechisch-russische Kommission von Historikern und Archivaren um den Runden Tisch versammelte.

Der Hauptinitiator der Tagung, Vilém Prečan vom tschechischen Institut für Zeitgeschichte unterstrich bei seiner Begrüßung das große Interesse von Fachleuten und einstigen Akteuren, an der Prager Konferenz teilzunehmen. Die Aufmerksamkeit für das gegebene Thema wachse gegenwärtig, da Stimmen laut würden, die die „weiche“ Art des tschechoslowakischen Übergangs von 1989 kritisierten und hier den Ursprung vieler gegenwärtiger Probleme verorteten. Aus diesem Grund ist es laut Prečan wichtig, die eigene Geschichte mit der Entwicklung in den benachbarten Ländern zu vergleichen, sie auf der Grundlage der Quellen zu rekonstruieren und für die Zeitgenossen zu dokumentieren, für die die Geschichte vor allem ein Kampffeld gegenwärtiger politischer Interessen darstelle.

Die Beiträge der ausländischen Wissenschaftler im ersten, unter das Thema „Internationale Voraussetzungen und Kontext“ gestellten Panel bestätigten die ebenso bekannte wie treffende Phrase, daß der Fall des kommunistischen Regimes in Polen zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen und in der Tschechoslowakei zehn Tage gedauert habe. Nach Andrzej Paczkowski (Warschau) konzentriert sich das Interesse der polnischen Historiographie auf die Ereignisse zu Beginn der achtziger Jahre, in denen der Niedergang des kommunistischen Regimes begann. Über Jahre hinweg gründete General Jaruzelski die Legitimität seines Regimes auf einer angeblich unmittelbar drohenden sowjetischen Intervention, die er nur dank der Ausrufung des Ausnahmezustandes habe verhindern können. Nach Paczkowski ist diese Behauptung nicht länger zu halten.

Den ungarischen Übergang zur Demokratie charakterisierte Zoltán Ripp (Budapest) mit drei Begriffen: dem „ausgehandelten Übergang“, der „Verfassungsrevolution“ und dem „Systemwandel“. Er schilderte die Taktik der ungarischen Kommunisten, die sich nach der Annahme des Gesetzes über ein Mehrparteiensystem im Februar 1989 bemühten, die zersplitterten oppositionellen Kräfte gegeneinander auszuspielen, um dann – unter Ausnutzung des demokratischen Prozederes – die eigene Machtposition zu sichern. Armin Mitter (Berlin) stellte in seinem Beitrag den Einfluß des „Prager Frühlings“ auf das Denken der Opposition in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren in den Mittelpunkt.

Der ehemalige Berater Michail Gorbatschows, Georgij Šachnazarov, trat mit kontroversen Thesen an: Der Grundzug der Politik Gorbatschows gegenüber den Satellitenstaaten sei schon seit dem Jahr 1985 das Prinzip der strikten Nichteinmischung gewesen. Nach Šachnazarov waren die Länder Ostmittel- und Osteuropas in den achtziger Jahren – und zwar einschließlich der Zeit vor dem Machtantritt Gorbatschows – bereits keine sowjetischen Satelliten mehr, was die Politik Ceauşescu und Kádár belegt habe. Der Veteran der sowjetischen Politik konfrontierte die Anwesenden dann mit provokanten Fragen: Fühlen Sie sich denn jetzt unabhängig; sind Sie nicht in Wirklichkeit von den Amerikanern abhängig? Denken Sie, daß Europa sicher ist? War es nicht im System von Jalta sicherer?

Karel Durman (Uppsala) wandte sich gegen die These, die Perestrojka habe Ostmitteleuropa vom Kommunismus befreit. Noch weniger allerdings sei diese Befreiung auf Unterstützung durch die USA zurückzuführen. Durman verkündete – und berief sich dabei auf T. G. Ash – daß sich die einstigen Satelliten selbst befreit hätten. Dabei habe das hauptsächliche Verdienst des Westens darin gelegen, daß er existierte. Danach stellte sich Durman scharf gegen die Thesen Šachnazarovs: Gorbatschow habe sich ausdrücklich einmischen wollen, das habe zum Beispiel der bewaffnete Eingriff in Litauen im Jahr 1990 gezeigt. Mit diesem Argument spielte Durman allerdings Šachnazarov nur den Ball zu: Gorbatschow hätte die Unabhängigkeitsbewegung selbstverständlich mit militärischen Mitteln unterdrücken können. Aus der Tatsache, daß er das nicht tat, werde ihm bis heute von russischen Fundamentalisten ein Vorwurf gemacht. Auch im Fall der Tschechoslowakei hielt sich Gorbatschow bis zuletzt an seinen zentralen Grundsatz: Šachnazarov selbst schrieb in der Woche nach dem 17. November 1989 ein Telegramm an den sowjetischen Botschafter Lomakin mit der Instruktion, auf keinen Fall in die laufenden Ereignisse einzugreifen. Unversehens offenbarte sich hier ein ernstzunehmendes Zeugnis der sowjetischen Haltung gegenüber den Ereignissen in der Tschechoslowakei: Aus Moskau kamen weder Instruktionen noch Empfehlungen an die Adresse der tschechoslowakischen Kommunisten, sich der Anwendung der ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel zu enthalten. Lange schon hatte es Spekulationen gegeben, die in diese Richtung gingen. Nun ist es mehr als nur wahrscheinlich, daß sich das Schicksal der „samtenen Revolution“ tatsächlich einzig und allein in der Tschechoslowakei entschied.

„Die tschechische und die slowakische Gesellschaft am Vorabend von Umsturz und Revolution“ – so der Titel des zweiten Panels – wurden gewissermaßen von den Ereignissen des Novembers überrollt. Wie Milan Otáhal (Prag) ausführte, war die

Bürgergesellschaft in der Tschechoslowakei nach der Niederlage von 1968 schwach. Erst ab Mitte der achtziger Jahre begannen die Anzeichen von Unzufriedenheit zuzunehmen – und zwar vor allem in Zusammenhang mit der katastrophalen Situation der Umwelt. Aber auch unter Intellektuellen wuchs das kritische Potential, allerdings bildeten sich hier keine organisatorischen Strukturen aus. Zu diesem Schritt waren als erste die Studenten bereit, die an vielen Orten den sozialistischen Jugendverband (SSM) auflösten und damit begannen, unabhängige studentische Organisationen ins Leben zu rufen. Petr Pithart, der stellvertretende Vorsitzende des Tschechischen Senats, bekannte, daß er sich bereits seit zehn Jahren die Frage stelle, weshalb die Dissidenten von den Ereignissen des 17. Novembers so vollständig überrascht wurden. Er selbst hatte noch im Oktober 1989 anlässlich eines Treffens tschechoslowakischer Emigranten in Franken einen Text verfaßt, in dem er die Befürchtung äußerte, der größte Teil der Bevölkerung seines Landes habe sich in den „verhaßten“ Verhältnissen gut eingerichtet, daher seien keinerlei Veränderungen zu erwarten.

Der Freitag war der „oral history“ gewidmet. Exponierte Protagonisten des Bürgerforums (V. Hanzel, E. Kriseová, S. Milota, R. Palouš, P. Pithart) und der slowakischen „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (J. Budaj, F. Gál, M. Kusý, F. Mikloško, P. Zajac) präsentierten ihre Eindrücke der ersten drei Wochen der „Samtenen Revolution“ im Rückblick. Am frühen Abend erinnerten sich dann Persönlichkeiten des tschechischen Exils (J. Gruša, M. Horáček, I. Medek, P. Pecháček, K. Schwarzenberg, P. Tigrid), die noch 1989 in die Tschechoslowakei zurückkehrten, an die ersten Tage, die sie wieder zu Hause verbrachten. Und nicht zuletzt stellte sich auch der tschechische Präsident Václav Havel kurz der Diskussion.

Die Teilnehmer des slowakischen Panels erinnerten allesamt an die Schwäche der oppositionellen Bewegung in der Slowakei vor dem November 1989. Soňa Szomolányi (Bratislava) sprach in diesem Zusammenhang von kleinen „Inseln positiver Deviation“. Der größte Teil der Diskutierenden äußerte sich im weiteren Verlauf zu den Ursachen für den Zerfall der Föderation und die Rolle der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN) in diesem Prozeß. Fedor Gál stellte sich zum Beispiel gegen die Behauptung, daß bereits die Entstehung der VPN ein Ausdruck für Bestrebungen gewesen sei, sich von den Tschechen zu lösen, da doch schon die Bezeichnung dieser Vereinigung den Protest gegen Gewalt in Prag widerspiegelt hätte.

Für das Panel am Samstag – „Revolution? Politischer Umsturz? Probleme der Übergangszeit bis zu den Juniwahlen 1990“ – war der Ausspruch Soňa Szomolányis treffend, nach dem es in einer interdisziplinären Gesellschaft ein Problem sei, eine gemeinsame Sprache zu finden. Dennoch gehörten die Überlegungen über den Revolutionsbegriff und seine Anwendung auf den November 1989 im Beitrag von Bedřich Loewenstein (Kronach/Berlin) zum Interessantesten, was es auf der gesamten Konferenz zu hören gab.¹ Jan Měchýř (Prag) bot daran anschließend für die „samtene Revolution“, die im wesentlichen nach Feierabend gemacht worden sei,

1 Der volle Text ist unter dem Titel „Několik úvah o revolucích“ [Einige Überlegungen zu Revolutionen]. In: Dějiny a současnost 22, 1/2000, 2–5 abgedruckt.

den neuen Begriff „Freizeit-Revolution“ an. Als „echte Revolution“ bezeichnete er erst die Phase ab dem 10. Dezember 1989, das heißt die Zeit nach der Ernennung der „Regierung der nationalen Verständigung“, in der die Kooptierung von Abgeordneten ins Parlament ein echtes revolutionäres Element dargestellt habe.

Oldřich Tůma verglich abschließend die Prager Konferenz mit einer ähnlichen Veranstaltung, die im Juni 1999 in Budapest stattgefunden hatte. In Prag waren – so Tůma – viel mehr persönliche Reflexionen zu hören. Für den Historiker stellen diese allerdings erst das Rohmaterial dar. Ein Ergebnis der Konferenz war die Einsicht, daß es weitaus mehr um eine ethische als um eine politische Revolution ging, die von einer fühlbaren Euphorie begleitet war. Daß die Dissidenten unvorbereitet waren, war von Anfang an evident, dennoch entwickelten die wichtigsten Akteure schon früh einen Improvisationsgeist, der ihnen half, ihre Verspätung fast wieder aufzuholen.

Vilém Prečan meinte, die polnischen Kollegen seien um ihre kürzlich stattgefundene Konferenz zu den Ereignissen der Jahre 1980–1981 zu beneiden. Dort saßen sich die damaligen führenden Persönlichkeiten der Solidarność, sowjetische Marschale und polnische Kommunisten einschließlich General Jaruzelskis gegenüber. In Tschechien indessen seien Versuche, Kontakt mit führenden Repräsentanten der KPdTsch aufzunehmen, bisher an deren Ignoranz und nach wie vor bestehenden Vorbehalten gegenüber den Historikern als denen, die den „Vaterlandsverrat“ von 1968 untersuchten, gescheitert.

Die Konferenz ließ eine ganze Reihe von Problemen offen, auch wenn diese diskutiert worden waren, etwa die Frage, welche Rolle die Armee in den Plänen der kommunistischen Führung spielte. Es ist zudem schade, daß von den damaligen Leitfiguren der studentischen Streiks niemand auftrat und sich auch kein Repräsentant der 1989 in der Nationalen Front vertretenen Parteien zu Wort meldete. Dennoch bot die Konferenz zahlreiche Anregungen. Zu ihr gehörte u. a. auch ein festlicher Empfang im Gebäude des Senats, dem ehemaligen Versammlungsgebäude der Nationalen Front, in dem im November 1989 die Verhandlungen zwischen Vertretern der Nationalen Front und dem Bürgerforum stattfanden. Auch war in allen Panels genügend Zeit zur Diskussion, die sich dann oft als interessanter herausstellte als die Referate selbst.